

## **A-7 Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit – Verbotsverfahren gegen die AfD einleiten**

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 05.07.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### **Antragstext**

1 Demokratie ist nicht nur wählen zu gehen. Demokratie kann und muss wehrhaft sein,  
2 wenn sie angegriffen wird. Spätestens mit der Einstufung als  
3 gesichert rechtsextremistisch durch das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt  
die *Alternative für Deutschland* (AfD) eine Gefahr für unsere Demokratie  
dar.

4 Zahlreiche Funktionär\*innen der Partei relativieren oder leugnen die Verbrechen  
5 des Nationalsozialismus, hetzen gegen Migrant\*innen und  
6 migrantisierten Menschen, Menschen mit Behinderung, queere Menschen, Muslim\*innen  
7 und Juden\*Jüdinnen und sprechen dem demokratischen Rechtsstaat seine  
Legitimität ab. Seit dem 10.06.2025 wissen wir: 40% der 50 000 vom  
Verfassungsschutz erfassten Rechtsextremist\*innen in Deutschland sind AfD  
Mitglieder!

8 Die AfD verfolgt ein ethnisch-nationalistisches, autoritäres Gesellschaftsbild  
9 und ist damit eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische  
10 Grundordnung. Ein Verbotsverfahren wäre ein klares Signal, dass unser Rechtsstaat  
nicht tatenlos zusieht, wenn verfassungsfeindliche Kräfte an der  
Aushöhlung der Demokratie arbeiten.

11 Einige GRÜNE JUGEND und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Landesverbände haben bereits AfD-  
Verbotsanträge beschlossen. Jetzt sind wir auf Bundesebene dran.

### **Konkrete Auswirkungen eines AfD-Verbots**

13 Ein Verbot der AfD würde der Partei den Zugang zu staatlicher  
14 Parteienfinanzierung entziehen. Im Jahr 2022 erhielt die AfD rund 17 Millionen  
15 Euro aus  
16 öffentlichen Mitteln, von denen etwa 12,5 Millionen Euro für Fraktionspersonal  
verwendet wurden. Zusätzlich stehen der AfD-Fraktion und ihren

Abgeordneten jährlich über 30 Millionen Euro aus Steuergeldern für die Bezahlung von Mitarbeitern zur Verfügung. Ein Verbot würde diesen finanziellen Zufluss stoppen und der Partei somit erhebliche Ressourcen entziehen.

17 Zudem würde ein Verbot auch den rechtlichen Schutz entziehen, den das  
18 Parteienprivileg im Grundgesetz gewährt. Konkret bedeutet das den Verlust der  
19 politischen Immunität. Behörden dürften die Strukturen, Treffen, Publikationen  
20 und Finanzflüsse der AfD wie bei jeder anderen extremistischen  
21 Vereinigung konsequent verfolgen. Auch Ersatz- oder Tarnorganisationen, die unter  
neuem Namen das gleiche Ziel verfolgen, könnten sofort verboten  
werden. Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Werbung oder Online-  
Inhalten dürfte untersagt oder gelöscht werden, da die Partei dann  
keinen Anspruch mehr auf Meinungs- oder Versammlungsfreiheit im parteilichen  
Kontext hätte.

## 22 **Wir müssen JETZT handeln!**

23 Ein Verbotsverfahren gegen die AfD allein wird nicht verhindern, dass  
24 menschenfeindliche Einstellungen existieren oder geäußert werden. Trotzdem ist  
für uns als GRÜNE JUGEND klar: Wer die Demokratie bekämpft, kann sich nicht auf  
sie berufen.

25 Märtyrer-Inszenierungen und Protestreaktionen seitens der AfD und seiner  
26 Wähler\*innenschaft sind durchaus realistisch, aber **kein Grund, tatenlos**  
27 **zuzusehen**. Denn die AfD inszeniert sich schon längst als Opfer ganz unabhängig  
28 von einem Verbot. Sie spricht regelmäßig von „Zensur“,  
„Meinungsverboten“ und „Altparteienkartell“. Diese Rhetorik gehört zu ihrer  
Strategie. Nur weil sich Extremist\*innen beklagen können, sollten wir als  
Demokrat\*innen uns nicht davon abhalten lassen, unsere Demokratie zu verteidigen.

29 Die AfD muss verboten werden! Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND die Einleitung  
eines Verbotsverfahrens gegen die AfD durch folgende Schritte:

### 30 **1. Aktives Handeln der Bundesregierung**

31 Die Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen und aktiv auf ein mögliches  
32 Verbot hinarbeiten. Sie sollte Expert\*innen aus Verfassungsschutz,  
33 Justiz und Wissenschaft beauftragen, juristisch verwertbare Beweise zu sichern  
und auszuwerten. Damit wird eine rechtssichere Grundlage geschaffen,  
auf der ein Verbotsantrag erfolgreich eingereicht und begründet werden kann.

### 34 **2. Klare Haltung der demokratischen Parteien**

35 Alle demokratischen Parteien im Bundestag und in den Landesparlamenten sind

36 aufgerufen, sich deutlich für die Vorbereitung eines AfD-Verbotsverfahrens  
auszusprechen. Es braucht parteiübergreifende Entschlossenheit, um den Angriff  
auf die Demokratie abzuwehren und den Weg für ein Verfahren zu ebnen.

37 **3. Gemeinsames Handeln der antragsberechtigten Verfassungsorgane**

38 Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat – die drei verfassungsrechtlich  
39 antragsberechtigten Institutionen – müssen ihre Verantwortung gemeinsam  
40 wahrnehmen. Es ist jetzt an der Zeit, dass sie ernsthaft prüfen, ob ein  
41 Verbotsantrag gestellt werden kann und sollte. Die Entscheidung über einen  
solchen Antrag darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern muss im  
Interesse der Demokratie zügig, verantwortungsvoll und mit breitem  
Rückhalt getroffen werden.